



1 Fuffziger für 1 Stunde Kreativität mindestens

**Über die Wahlprüfsteine der ver.di München zur
kommunalen Kultur- und Kreativpolitik diskutieren:**

Dr. Florian Roth

Die Grünen - Rosa Liste, Stadtrat, Fraktionsvorsitzender

Thomas Lechner

Die LINKE, OB-Kandidat

Julia Schönfeld-Knor

SPD, Stadträtin, stellv. kulturpolitische Sprecherin

N. N.

CSU, angefragt

Gesprächsleitung: Luise Klemens

Landesleiterin ver.di Bayern

Montag, 17. Februar 2020, 18 Uhr

DGB-Haus München, Schwanthalerstr. 64

Großer Saal, barrierefrei

„1 Fuffziger für 1 Stunde Kreativität – mindestens“

„Kunst ist schön, macht aber viel Arbeit“ (Karl Valentin)

Freiheit und Vielfalt der Kunst schützen – Künstler*innen und Kreative existenziell absichern

Kommunalpolitische Wahlprüfsteine der ver.di München: für die Bereiche Kunst, Kultur, Kreativität, Medien, Bildung - insbesondere für Freiberufler*innen bzw. die ‚Freie Szene‘

Faire Honorare – gute Vergütung

Mindestens 50 Euro pro Stunde:

- für selbstständige Auftragnehmer*innen
 - freie Förderungsempfänger*innen
 - Honorar-, Werkvertrags- und Dienstvertragsnehmer*innen - der Stadt München, ihrer Töchter und Beteiligungsgesellschaften sowie Zuschussnehmer, freier Träger.
- Entsprechende Berechnungen für z.B. Tagessätze bei Ausstellungen, Lesungen etc.

Plus Münchenzulage auch für Freie und u.a. Honorarkräfte, z.B. Schule der Phantasie.

Für die Honorar-Forderungen sensibilisieren und öffentlich aufklären:

- Viele Freiberufler haben im Vergleich zu Festangestellten
- erheblich mehr arbeitsbedingte Ausgaben
 - weniger Einkommen
 - unzureichende finanzielle und soziale Absicherung bei Krankheit und im Alter

Kein Absenken von bereits höher gezahlten Honoraren!

Raum-Konzepte

Neue Räume

Kommunales Arbeitsräume-Programm

- besonders für Neubau- und Umbaugebiete (Stadtentwicklung, sozial orientierte Bodennutzung)

Tarif- und Sozialstandards verbindlich festschreiben und einhalten

- in Förderrichtlinien
 - bei Ausschreibungen
 - bei Projektförderungen
 - bei Bezuschussungen
 - bei Auftragsvergaben etc.;
- wie z.B. tarifizierte (Mindest-)Gagen und – Honorare, Vergütungsempfehlungen von Berufsorganisationen – wie der Bundesverband Freie Darstellende Künste, ver.di-Kunst-, Medien- und Bildungsfachgruppen. Honorarausfallregelungen bzw. –Weiterzahlungen im Krankheitsfall, Mutterschutz.

Beschäftigung, Beauftragung, Förderung und Zuschüsse nur noch gegen faire Honorare und Vergütungen - mit angemessen einkalkulierten Personal- und Arbeitskosten.

Künstler*innenförderung –

z.B. durch Ankäufe von Werken durch die Stadt für öffentliche Gebäude und Kunst im öffentlichen Raum.

Vergabe durch transparente Verfahren sowie Kommissionen und Jurys – Künstler*innen ihre Gewerkschaften und Verbände dabei mehrheitlich einbeziehen. Rotierende Besetzungen.

- Anzahl bzw. anteilige Fläche orientieren an Bevölkerungszahl und Raumquadratmeter

Transparente ‚Raumbörse‘ mit zugänglicher Plattform für Akquise und Vermittlung – von gewerblichen und öffentlichen Gebäuden und Räumen.

Mehr Raum für

- Begegnungs-, Präsentations- und Spielstätten
- Ateliers, Proben-, Produktions- und Unterrichtsräume

Zwischennutzung

- Raumakquise und Vermittlung
- ebenfalls für bessere und leichter mögliche Zwischennutzungen
 - je nach Bedarf z.B. stunden- bzw. tageweise
 - zu kostendeckenden Preisen

Transparenz Demokratie **Gerechte Teilhabe**

ALLE öffentlichen Aufträge, Projekte, Fördermöglichkeiten, Finanzierungsprogramme etc. rechtzeitig bekannt machen - in einem übersichtlichen, öffentlich zugänglichen Portal.

Regionale Künstler, Kulturschaffende und Kreative besonders berücksichtigen -

Kultur für Demokratie, Respekt und Zusammenhalt **Kunst gegen Rechts**

Projekte von Migrant*innen besonders berücksichtigen - bei den zu vergebenden Förder- und Finanzierungsmitteln.
50 % der Unterstützten sind Frauen, v.a. geflüchtete Frauen – z.B. fortschrittliche Rapperinnen, D-Janes.

Keine Förderung von patriarchaler Chauvinismus-Kultur – mit frauen- und menschenfeindlichen Inhalten und Gebärden.

- Ausstellungs-, Veranstaltungs- und Aufführungssäle bzw. –möglichkeiten. Zu erschwinglichen bzw. rein kostendeckenden (Miet-)Preisen. Soziale Härtefälle und Alg2-Bezieher besonders berücksichtigen.

- auch von nicht kontinuierlich genutzten Konzert-, Theater- oder Probebühnen - bzw. Ausstellungs-, Vortrags- und Seminarräumen
Perspektive: nachhaltige, auch dezentrale Dauerlösungen.
Keine Gewinnerorientierung.
Keine Ausrichtung an Wirtschaftlichkeit.

Frauen zu 50 %:
z.B. in Stadtteilkulturhäusern und Kreativquartieren.

Einen demokratisch gewählten ‚Kulturbeirat‘ einrichten:
- angesiedelt beim Kulturausschuss des Stadtrats
- mit verbindlichen Beratungs- sowie Vorschlags-, Initiativ- und Antragsrechten.
- rotierend zusammengesetzt aus Kunst- und Kulturschaffenden

Unabhängig von Herkunft und Nationalität der Performer.

Die Freiheit der Kunst gegen Rechts verteidigen:
- Angriffen z.B. der AfD auf Personen und Inhalte demokratischer Kultur entgegen-treten
- Aufführungen und Ausstellungen vor rechter Gewalt offensiv schützen

Keine öffentlichen Räume und Gelder für Rechtsextreme und Menschenverächter!

Demokratie und Humanismus fördernde Kunst und kulturelle Bildung unterstützen!

Erinnerungskultur

Frauen und Männer der Februarstreiks und der bayerischen Revolution 1918 – sowie die später von Rechtsextremisten politisch Verfolgten und Ermordeten – im öffentlichen Stadtbild präsent werden lassen; z.B. durch:

- Denkmale und ‚NachDenkMale‘ im Stadtzentrum
 - Erinnerungstafeln
 - Umbenennungen von Straßen und Plätzen
-

Kunst und Kultur als Pflichtaufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge Kulturfinanzierung – rechtsverbindlich und mit Anspruchsgarantien

Den städtischen Kulturetat den Forderungen entsprechend erhöhen - sowie die Budgets weiterer betroffener kommunaler Referate wie z.B. Bildung und Sport.

Öffentliche Kulturleistungen und –angebote sichern und ausbauen – insbesondere für die ‚freie Szene‘.

Keine Privatisierung, z.B. von städtischen Kultur- und Bildungseinrichtungen wie Musikschulen.

Kein Outsourcing, auch nicht von öffentlichen (Kultur-)Dienstleistungen – wie u.a. Aufsicht, Security in Museen.



Kommunal Finanzen stärken Mehr Geld für Kunst und Kultur

Unternehmen stärker zur Kulturfinanzierung heranziehen – weil sie vom Münchner ‚Standortvorteil Kultur‘ profitieren; durch z.B.

- jährliche Verleihung einer Kurt-Eisner-Medaille
 - Museum ‚Demokratiestart Bayern 1918‘ auf dem Marienhof errichten
 - posthume Ernennung von Revolutionär*innen zu Ehrenbürger*innen (u.a. Kurt Eisner)
 - Grab von Kurt Eisner wieder zum Ehrenggrab erklären
-

Auch Widerstandskämpfer gegen den Hitler-Faschismus öffentlich würdigen.

Die im Grundgesetz garantierte Freiheit des Wortes und der Kunst schützen und durchsetzen.

Und die Voraussetzungen und Bedingungen dafür schaffen – finanziell, politisch. Vorreiterrolle von München als große und reiche Kommune gerecht werden.

Die Stadt München und ihre Repräsentant*innen setzen sich dafür ein - Kunst und Kultur als Pflichtaufgabe auch in der Bundes- und Länderfinanzierung zu verankern

- als Staatsziel in die Landesverfassung und ins Grundgesetz aufzunehmen
 - die Schuldenbremse bzw. die sog. „Schwarze Null“ aufzuheben
 - Gelder und Investitionen umzuschichten - z.B. auf Kosten des klimaschädlichen Individualverkehrs
 - mehr Steuergerechtigkeit einzuführen
-

- (Gewerbe-)Steuererhöhungen
- Nutzung bzw. Schaffung von rechtlichen Möglichkeiten zur kommunalen Kulturfinanzierung (KulturFörderAbgaben)
- insbesondere bei internationalen Konzernen und Global Playern

Für eine Kultur für alle – und mit allen!
AK Kultur in ver.di München

Kontakt: agnes.kottmann@verdi.de